



Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der European Confederation
of Police (EUROGCP),

Landesbezirk Sachsen-Anhalt

GdP, Halberstädter Str. 120, 39112 Magdeburg

Presse - INFO

Halberstädter Str. 120, 39112 Magdeburg

Telefon: 03 91 / 611 60 10

Telefax: 03 91 / 611 60 11

E-Mail: lsa@gdp-online.de

www.gdp-sachsen-anhalt.de

Konto: SEB Bank Magdeburg

Nr. 135 033 80 00 (BLZ 810 101 11)

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben

unser Zeichen

Datum

Pe

02.05.2014

Für Nachfragen steht Ihnen: Koll. Uwe Petermann, 01520 8868857
zur Verfügung

Polizeistrukturreform - Übernahme des Innenministeriums durch

Finanzminister?

Die Gewerkschaft der Polizei nimmt die Irritationen in der Staatskanzlei und im Finanzministerium über die zukünftige Stellenausstattung der Polizei mit Erstaunen zur Kenntnis. Offensichtlich scheint der Finanzminister jetzt auch übergriffig im Innenressort zu handeln. **D.h., wir können das gesamte Innenministerium abschaffen, weil das Finanzministerium deren Arbeit macht, auch wenn es von der Polizei nur die anfallenden Kosten kennt!**

Die **Fachleute im MI** haben an Hand der Aufgaben der Polizei eine Stärke der Polizei von 6000 Vollzugs- und 1000 Verwaltungsbeamten berechnet.

Natürlich können die Fachleute des MF an Hand der Bevölkerung eine andere Zielzahl errechnen. **Umweltschützer könnten mal berechnen, wieviel Kohlendioxid eingespart wird, wenn die Polizei überhaupt keine Streife mehr fährt!**

Allerdings muss man Polizeidichte als erstes an Hand der Kriminalitäts- und Verkehrsunfallbelastung berechnen. **Das nennt man Aufgabenanalyse!** Erst als nachrangige Komponenten sind Einwohnerzahlen, Fläche etc. zu betrachten.

Wer heute ausschließlich die Einwohnerzahlen für die Berechnung der Polizeistärke heranzieht ist auf dem Holzweg und gefährdet die innere Sicherheit.

Deshalb wird die Gewerkschaft der Polizei **bei ihren Grundforderungen im Zusammenhang mit einer neuen Struktur bleiben**, dass Polizeiarbeit immer auch mit dem notwendigen Personal unterstützt werden muss.

Unsere Ziele bleiben:

1. nachvollziehbare Aufgabenkritik und Personalbedarfsermittlung,
2. an den Zielzahlen 6000 Polizeibeamten sowie 1000 Verwaltungsbeamten vorerst festzuhalten,
3. Bürgernähe erhalten,
4. unsere, schon jetzt überlastete Verwaltung nicht sinnlos zentralisieren, um höherwertige Dienstposten zu erfinden,
5. auf keinen Fall die Übertragung von Verwaltungstätigkeiten auf Vollzugsbeamte zuzulassen und
6. die sozialverträgliche Umsetzung notwendiger Umstrukturierungen mittels Dienstvereinbarung.

Die GdP erwartet **jetzt** eine Versachlichung der politischen Diskussion und keine verbale, **parteilpolitische** Prügelei auf Kosten der inneren Sicherheit.

Achtung, um Verwechslungen mit anderen Verbänden auszuschließen bitten wir um die Verwendung der korrekten Bezeichnung „**Gewerkschaft der Polizei**“ oder „**GdP**“.

